

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion - Werte, Wirtschaft, Wohlstand - Brandenburgs Perspektiven nach drei Jahrzehnten Deutscher Einheit - Drucksache 7/6404 (Neudruck) vom 04.10.2022

Wirtschaft und Wohlstand Brandenburgs sichern - Sondervermögen Winternothilfe einrichten - Deutsche Interessen vertreten

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung fest, dass aufgrund der Auswirkungen der gegenwärtigen und fortdauernden Energie- und Wirtschaftskrise in Brandenburg eine außergewöhnliche Notsituation vorliegt, die die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. unverzüglich ein Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 - NTHG 2022) vorzulegen, mit dem das Ministerium der Finanzen und für Europa ermächtigt wird, zur Bekämpfung der Folgen der Wirtschafts- und Energiekrise in Brandenburg im Haushaltsjahr 2022 Kredite bis zur Höhe von 3.000.000.000 Euro aufzunehmen,
2. unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens „Winternothilfe 2022/23“ vorzulegen, aus dem die Lohn- und die Einkommensteuer vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. Mai 2023 an die Bürger erstattet werden sollen.

Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

1. die intakte Röhre der Gaspipeline Nord Stream 2 sofort geöffnet wird,
2. das Embargo für russisches Öl aufgehoben wird,
3. die Energie- und Treibstoffpreise gedeckelt werden,
4. die CO₂-Abgabe unverzüglich abgeschafft wird,
5. die Nutzung von Kernenergie fortgesetzt und ausgebaut wird,
6. die Nutzung von Kohlekraftwerken ohne zeitliche Begrenzung ermöglicht wird,
7. die Impfkampagne sofort beendet wird,
8. es keine Maskenpflicht im öffentlichen Nah- und Fernverkehr mehr gibt,

Eingegangen: 11.10.2022 / Ausgegeben: 11.10.2022

9. keine Waffen in Kriegsgebiete geliefert werden,
10. die Vertretung deutscher Interessen die Leitlinie deutscher Außenpolitik ist.

Begründung:

Politische Entscheidungen der wechselnden Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben zu einer Wirtschafts- und Energiekrise geführt, von deren Auswirkungen das Land Brandenburg und seine Bürger in besonderem Maße betroffen sind. Durch die an abstrakten Klimazielen orientierte Energiewende steht das Lausitzer Braunkohlerevier vor dem Aus, ohne dass es bislang eine tragfähige Alternative zur Braunkohle als Energieträger gibt. Daher muss sich die Landesregierung auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Nutzung von Kohlekraftwerken ohne zeitliche Begrenzung möglich ist. Ebenso muss die Nutzung der Kernenergie in Deutschland fortgesetzt und ausgebaut werden, um eine konstante und preisgünstige Energieversorgung sicherzustellen.

Die Existenz der PCK-Raffinerie Schwedt, die ganz Nord- und Mitteldeutschland mit Kraftstoffen versorgt, steht durch das Embargo gegen Russland auf dem Spiel. Eine Garantie des Weiterbetriebs gibt es bis heute nicht.

Die Bundesregierung weigert sich auch nach dem Anschlag auf die Gaspipelines Nord-Stream 1 und 2 am 26. September dieses Jahres, die intakte Röhre der Gaspipeline Nord-Stream 2 in Betrieb zu nehmen. Das bedeutet sowohl für die Industrie als auch die Handwerker und Kleinunternehmer der Region, dass sie durch die steigenden Energiepreise nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können und mitunter schon gezwungen sind, die Produktion einzustellen. Für die Bürger Brandenburgs, die zu über 50 Prozent ihre Heizung mit Gas betreiben, bedeutet es, dass angesichts der steigenden Preise nicht gewährleistet ist, eine Beheizung der Wohnung während des Winters sicherstellen zu können.

Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind trotz der darin in Aussicht gestellten Gesamtsumme für den einzelnen Brandenburger Haushalt nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Diejenigen, die täglich zur Arbeit gehen und durch ihre Leistung dafür sorgen, dass die Gelder, die jetzt zur Umverteilung vorgesehen sind, erwirtschaftet werden, bleiben in den Paketen der Bundesregierung weitgehend unberücksichtigt.

Kleinunternehmer, Handwerker und Arbeitnehmer sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und werden durch die Wirtschafts- und Energiekrise übermäßig belastet. In einem Flächenland wie Brandenburg, in dem in den vergangenen Jahrzehnten der öffentliche Nahverkehr immer weiter ausgedünnt wurde, sind nicht nur die Handwerker und Unternehmer auf das Auto angewiesen, sondern auch die Arbeitnehmer müssen pendeln, was bislang in allen Paketen völlig unberücksichtigt blieb.

Daher muss das Land Brandenburg selbst die Voraussetzungen schaffen, seine Bürger vor den Auswirkungen der bundespolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre zu schützen und im Rahmen seiner Möglichkeiten zu entlasten. Die Erklärung der „außergewöhnlichen Notsituation“ ist der schnellste Weg, die dafür nötigen Mittel durch einen Nachtragshaushalt und die Einrichtung eines Sondervermögens bereitzustellen. Die dafür vorgesehene Summe von drei Milliarden Euro entspricht dem Corona-Sondervermögen.

Gleichzeitig muss die Landesregierung alle Maßnahmen einstellen, die für die Bürger Brandenburgs zusätzliche Belastungen darstellen. Dazu gehören insbesondere die nutzlose und teure Corona-Impfkampagne und die durch nichts zu rechtfertigende Maskenpflicht im öffentlichen Nah- und Fernverkehr zu Lande.

Schließlich hängt auch die Sicherheit Brandenburgs und seiner Bürger von den außenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung ab. Es muss im Interesse der inneren und äußeren Sicherheit unter allen Umständen verhindert werden, dass Deutschland weiter in den Krieg in der Ukraine hineingezogen wird. Die Landesregierung muss sich daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Vertretung deutscher Interessen wieder zur Leitlinie der Außenpolitik wird. Nur so lassen sich eine weitere Eskalation des Ukraine-Kriegs und die interessenwidrige Beteiligung Deutschlands daran verhindern.